

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 19693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonellzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonellzeile 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Alliierten-Abkommen in Spa.

Spa, 17. Juli. (Havas.) Zwischen Italien, Japan, Belgien und Portugal wurde ein Uebereinkommen unterzeichnet, das sofort unter den Mächten einige Fragen lösen soll, die sich aus der Aenderung des Friedensvertrages von Versailles ergeben.

Artikel 1 bestimmt, daß die Summe, die von Deutschland als Wiedergutmachung auf Grund des Friedensvertrages von Versailles gezahlt wird, wie folgt zu verteilen ist: England 22 Prozent, Frankreich, 52 Prozent, Italien 10 Prozent, Japan 0,75 Prozent, Belgien 8 Prozent, Portugal 0,75 Prozent. Die restlichen 6 1/2 Prozent werden an Griechenland, den serbischen, den thracischen und den slowenischen Staat, sowie an die Mächte, die Wiedergutmachungsansprüche erheben, aber das gegenwärtige Abkommen nicht unterzeichnet haben, verteilt.

Artikel 2 besagt: Die als Wiedergutmachung von Oesterreich und Bulgarien gezahlte Gesamtsumme wird zusammen mit der Kontribution zu Ausgaben für die Befreiung der aus dem österreichisch-ungarischen Staate hervorgegangenen Länder wie folgt verteilt: a) zur Hälfte nach dem in Artikel 1 vorgesehenen Verhältnis, b) von der andern Hälfte erhalten Italien 40 Prozent, Griechenland und der serbisch-kroatische Staat 60 Prozent.

Artikel 3 lautet: Die alliierten Regierungen werden untereinander die nötigen Maßnahmen zur Sicherstellung der Zahlungen treffen; falls nötig, werden sie Deutschland durch Anleihen helfen, die dazu bestimmt sind, inneren Verpflichtungen nachzukommen und die es ihm gleichzeitig erlauben, seine Schuldenlast so schnell wie möglich abzufüllen, um den Wiederaufbau mit vollen Kräften zu heben.

Artikel 4 enthält einzelne Bestimmungen über die Aufstellung der Abrechnung für jede einzelne Macht seitens der Wiedergutmachungskommission und bestimmte Regeln für Gutsschrift und Kassenbuch.

Artikel 5 bestimmt die Maßnahmen, die Belgien die Priorität von 2 1/2 Milliarden Franks Gold sichern, auf die es Anspruch hat gemäß den Bestimmungen des Uebereinkommens vom 26. Juni 1919 und legt diejenigen Kategorien der Zahlungen fest, die für die Priorität bestimmt sind.

Artikel 6 umschreibt die Schätzungsmethode für die Schiffe, die entsprechend den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain abgeliefert werden müssen, um Tonne für Tonne und Platz um Platz, die Handels- und Fischereischiffe, die infolge von kriegerischen Handlungen zerstört oder beschädigt worden sind, zu ersetzen. Er bestimmt außerdem die für die Schiffe zu zahlende Miete. Die Bestimmungen für die Lösung der übrigen Fragen, die durch die Entscheidung des belgischen Prisenrichters aufgeworfen wurden, sind getroffen. Belgien wird eine auf die Anteile der übrigen alliierten Mächte erhobene Kompensation erhalten.

Artikel 7 bezieht sich auf die Leichterfahrzeuge, auf Schwimmdocks und Hafenmaterial, das auf Grund des Protokolls vom 10. Juni 1920 geliefert wurde.

Als Ausgleich für die versenkten Kriegsschiffe bestimmt Artikel 8, daß die Dispositionen des Protokolls vom 10. Januar 1920 auf den Erlös aus dem Verkauf der Kriegsschiffe und des Kriegsmaterials anwendbar sind, das auf Grund der neuen Klausel des Versailler Vertrages geliefert wurde, einschließlich des Erlöses aus dem neuen Kriegsmaterial, das durch die Wiedergutmachungskommission verkauft wurde.

Artikel 9 gewährt Italien als Priorität vor allen anderen Mächten das Recht, gewisse Summen zu behalten und auf die Summe, die ihm von Oesterreich und Bulgarien als Wiedergutmachungskosten für die Besatzungsarmee geschuldet wird, zu verrechnen.

Artikel 10 behält die Rechte Polens gemäß den Verträgen von Versailles und St. Germain vor und bestimmt, daß das Uebereinkommen auf Polen keine Anwendung findet.

Artikel 11 wahrt die Rechte der Länder, die Belgien vor dem 11. November 1918 Geld geliehen haben und sieht Bestimmungen für die Rückzahlung dieser Beträge sofort nach Zahlung der Belgien auf Grund des Prioritätsrechts geschuldeten 2 1/2 Milliarden vor.

Artikel 12 wahrt die Rechte der Alliierten auf die Kredite, die sie ehemals feindlichen Mächten gewährt haben.

Artikel 13 bestimmt, daß die Frage der gleichmäßigen Festlegung der Kosten der Besatzungsarmeen zurückgestellt wird, um mit den Vereinigten Staaten besprochen zu werden...

Die Meldung spricht nur von einem Uebereinkommen zwischen Italien, Japan, Belgien und Portugal, während die Abmachungen auch und vor allen Dingen England und Frankreich betreffen. Offenbar sind diese beiden Länder durch

ein technisches Versehen bei der Uebersetzung ausgefallen. Eine Nachfrage bei der hiesigen Filiale des Wolff-Bureaus ergab, daß die Meldung dort schon also verflümmelt eingelaufen ist.

### Das Programm der Regierung.

Berlin, 18. Juli. Amtlich. Das Kabinett trat heute Nachmittag zu einer Sitzung zusammen, an der die aus Spa zurückgekehrten Minister teilnahmen. Für die nächsten Tage wurde folgendes Programm vereinbart: Am Montag und Dienstag wird das Kabinett die Berichte über die Beschlüsse von Spa entgegennehmen. Für Dienstagabend ist eine Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten in Aussicht genommen. Zu Mittwoch sollen die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Sitzung eingeladen werden. Am Donnerstag findet eine Aussprache im Reichswirtschaftsrat über die wirtschaftlichen Fragen statt.

Ueber den Ausgang der Konferenz in Spa gehen natürlich die Meinungen der bürgerlichen Parteien weit auseinander. Die Deutschnationalen hegen selbstverständlich in der wildesten Weise; in der Deutschen Zeitung fordert der General Graf v. d. Golz direkt auf, sich den Beschlüssen über die Heeresverminderung zu widersetzen und die „Zammerregierung“ zum Teufel zu jagen (wofür ihm natürlich kein Staatsanwalt ein Haar krümmen wird, sintemalen er ja weder Unabhängiger noch Kommunist ist).

Innerhalb der Koalitionsparteien stimmt es natürlich auch nicht. Die Deutsche Volkspartei scheint große Neigung zu haben, die Verantwortung für Spa nach bekannten Mustern abzulehnen. Die augenblickliche Regierungsmehrheit gilt deswegen als gefährdet und das Kabinett in seiner jetzigen Zusammenfassung als bedroht. Reichswirtschaftsminister Scholz soll in grundlegenden Fragen in Opposition zu den übrigen Regierungsmitgliedern stehen, sowohl in der Entwaffnungs- wie in der Kohlenfrage wollte er das Ultimatum abgelehnt wissen. Angeblich soll der Minister des Meubers, Simons, wegen dieser Differenzen schon am 15. d. d. sein. Erklärungen, die er dem Tag gegeben hat, scheinen uns indes gegen diese Annahme zu sprechen.

Die Auffassung der Regierung oder eines Teiles der Regierung spiegelt die abgedruckte, von Wolffs Bureau verbreitete Ausfassung. Die nötige Kritik ist in unsern bisherigen Artikeln bereits enthalten gewesen.

Daß Stinnes bis zuletzt wütender Gegner des Abkommens geblieben ist, während Hue in einer Erklärung sagt, daß er sich dem Urteil der Politiker unterwerfe, ist sicher. Im Berliner Tageblatt wird erzählt, ernsthaftige Leute seien der Ansicht, er habe die Befehle des Ruhrreviers durch die Entente erzwingen wollen, weil er auf diese Weise die Industrie vor der bolschewistischen Gefahr am besten geschützt glaubte oder weil er bei einer Abtrennung des Ruhrreviers bezw. des ganzen Westens vom übrigen Deutschland eine bessere Kohlenversorgung der westlichen Industrie erhoffte. Das sind natürlich unabweisbare Annahmen, es ist aber bezeichnend, daß auch Lloyd George in einer Unterredung mit Journalisten seinen Eindruck wiedergegeben hat, daß gewisse Leute in Deutschland die Befehle des Ruhrreviers wünschten.

Die Stimmen der auswärtigen Presse liegen noch nicht in solchem Ausmaß vor, daß man ein objektives Bild zu gewinnen vermag. Die französischen Blätter verraten teils Genugtuung, teils sind sie enttäuscht über zu weites Entgegenkommen an Deutschland. Liberale Organe Englands laden die zu harte Behandlung Deutschlands. Auf welcher Seite die öffentliche Meinung Englands und Frankreichs steht, wird sich genauer erst nach einigen Tagen feststellen lassen.

### Neue Geheim-Diplomatie.

Berlin, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Das Auswärtige Amt weigert sich, die letzte polnische Note, sowie die deutsche Antwort darauf zu veröffentlichen. Es gibt keinerlei Gründe für diese Geheimnisträmerie an. Wir erleben damit die amtliche Behauptung der neuauftretenden Geheimdiplomatie. Bisher hat das Auswärtige Amt sich wenigstens stets mit Ausreden und Ausflüchten vor dem Vorwurf der Geheimdiplomatie zu schützen versucht. Jetzt bekennet es ganz offen, daß es nach den Mustern der imperialistischen Regierung sich wieder zur Geheimdiplomatie entschlossen hat.

### Die Krise der Staatswirtschaft.

1. A. Der Reichsbankausweis der letzten Juniwoche meldet eine Zunahme des Notenumlaufes um fast 2 1/2 Milliarden, eine Gesamtzirkulation von über 67 1/2 Milliarden bei einem Edelmetallbestand von etwa 1,10 Milliarden Goldmark. Die Inanspruchnahme der Reichsbank für die Zwecke des Reiches belief sich in dieser einen Woche auf etwa 13 Milliarden Mark. Inflation und Verschuldung nehmen einen immer gefährlicheren Umfang an.

Die Schuldenlast des Reiches ohne die ansehnlichen Beträge der Staats- und Gemeindeverschuldung beläuft sich zur Zeit auf etwa 265 Milliarden Reichsmark. Sie wächst lawinenartig von Woche zu Woche und droht in kurzer Zeit die vierte Hundertmilliarde zu erreichen. Der Haushaltsetat bietet ein furchtbares Bild. Alle Positionen sind mehr oder minder fragwürdig. Niemand vermag den tatsächlichen Bedarf zu veranschlagen, niemand die in wenigen Monaten vielleicht erneut einsetzende Revolution des Geldwertes, dieser bedruckten Zettel, vorauszusehen und ihre Einwirkung auf die errechneten Zahlen zu erkennen. Der ordentliche Etat soll in Einnahmen und Ausgaben übereinstimmend gestaltet werden, aber noch sind die dafür notwendigen Steuern nicht sämtlich bewilligt. Die Einziehung der bereits bewilligten Steuern aber verzögert sich von Vierteljahr zu Vierteljahr. Wer weiß, welche Summen schließlich einkommen, welche Schwierigkeiten sich ergeben werden, wenn nach Jahresfrist auf einmal die großen Beträge der Einkommensteuer verlangt werden, während die Mehrzahl der Kleinunternehmer, der freien Berufe usw. nicht weiß, wie mit den Einkünften hauszuhalten?

Eisenbahn und Post, die großen Unternehmen des Reiches, arbeiten mit Defizit. Trotz der verschiedenen Tarifierhöhungen und der Einschränkungen des Personenverkehrs wird die Reichseisenbahn mindestens einen Zuschuß von 15 Milliarden, die Reichspost von 1 bis 2 Milliarden Mark erfordern. Das sind Beträge, von deren Größe man sich keine Vorstellung zu machen vermag und die in dieser Zeit des Zahlenwahnsinns ausgesprochen werden, als ob es sich um eine kleine, aus dem Handgelenk zu schüttelnde Summe handeln würde. Es ist aber in Wirklichkeit unmöglich, derartige Zuschüsse auf die Dauer zu leisten, ohne daß das gesamte Gefüge unserer Staatswirtschaft vollkommen zusammenbricht. Hier muß eine gründliche Nachprüfung der Ursachen erfolgen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß weitere, generelle Tarifierhöhungen gar keinen Wert haben, denn die Mehreinnahmen, die sie auf der einen Seite zu schaffen vermögen, führen andererseits zu einer Mehrbelastung der gesamten Wirtschaft, zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Das Ende würde also sein, daß die Mehrausgaben die Summe der Einnahmen auffressen würden und nur eine zahlenmäßige Verschiebung übrig bliebe. Eine der bedeutsamsten Ursachen ist naturgemäß die gewaltige Steigerung der Kohlen- und Eisenpreise, die alle Ausgaben der Bahn außerordentlich erhöht, aber auch das gesamte Lohnniveau in Deutschland emporgetrieben hat. Während die Industrie bisher in der Lage war, diese hohen Preise auf die Konsumenten abzuwälzen, ist dies erfahrungsgemäß bei den Transportmitteln nur in einem sehr beschränkten Maße denkbar, weil der Rückgang des Verkehrs zumeist einen Teil der Tarifierhöhung wegnimmt. Außerdem kann eine derartige Preispolitik für ein Verkehrsunternehmen, das sich in Staatsbesitz befindet, gar nicht in Frage kommen, weil die damit geförderte Erdrosselung des Verkehrs ein volkswirtschaftliches Verbrechen ist, das im Ganzen die Wirtschaft mehr schädigt als die etwa notwendigen Zuschüsse. Die Aufrechterhaltung einer vernünftigen Verkehrspolitik ist nur möglich, wenn die unentbehrlichen Urprodukte, von deren Preisstellung die Kosten des Transportes bestimmt werden, ebenfalls in Gemeinbesitz sich befinden und in ihnen eine Preisgestaltung erfolgen kann, die den volkswirtschaftlichen Erfordernissen und nicht den Interessen der Schwerindustrie gerecht zu werden sucht. Die Böhmische und Gohäcker, die von der Eisenbahn gezahlt werden, sind nicht zu hoch, sie sind den allgemein üblichen, kaum die dringendsten Lebensbedürfnisse deckenden Einkünften entsprechend, unter denen heute die große Masse des deutschen Volkes mehr oder minder empfindlich leidet. An ihre Herabsetzung kann nicht gedacht werden. Wer wollte aber bezweifeln, daß der durch und durch bürokratisierte Apparat unserer Eisenbahnen weder den Anforderungen der Zeit gewachsen, noch in der Lage ist, die höchste Produktivität der Arbeit zu gewährleisten? Hier muß zunächst eine Reform an Haupt und Gliedern einsehen, die gründlich mit all dem alten fiskalischen Schutt aufräumt und den lebendigen Kräften, die sich selbsthalten regen, den Weg frei-